

ENTWICKLUNGSLÄNDER Warum die Armen arm bleiben

Wenn Hilfe nicht hilft

In Ländern wie Haiti herrscht seit Jahrzehnten große Not – anderen gelingt der Aufstieg. Die Regierungen haben es selbst in der Hand, sagen Forscher

VON CARSTEN BRÖNSTRUP
UND JAHIEL MIELKE

Jetzt fließt das Geld. Die EU überweist Haiti für den Aufbau nach dem Erdbeben 400 Millionen Euro. Gut 100 Millionen kommen von den Vereinten Nationen, außerdem will die Weltbank einen Kredit geben. Auch ein erneuter Schuldenerlass ist im Gespräch. Zwei Milliarden Euro im Jahr sind nötig, damit das zerstörte Land eine neue Chance bekommt, glaubt Leonel Fernández, Präsident der benachbarten Dominikanischen Republik.

Chile hat seine Chance genutzt. Noch 1970 galt ein Großteil der Kinder als unterernährt, wie in einem Drittland. Heute liegt das Pro-Kopf-Einkommen bei einem Drittel des deutschen Niveaus, jüngst fand das südamerikanische Land sogar Aufnahme in den exklusiven Wirtschaftsclub OECD.

Haiti und Chile stehen für zwei Extreme: Der Karibikstaat gehört seit Jahrzehnten zu den ärmsten Ländern der Welt, ohne Hoffnung auf Besserung. Der Ex-Diktator Chile gelang dagegen allmählich der Aufstieg, obwohl auch dort heftige Erdbeben für Rückschläge und großes Leid sorgten. Doch warum bleiben die einen bittler, trotz oft beständiger millionenschwerer Hilfen aus dem Ausland, während sich die anderen zu Wohlstand hocharbeiten?

An dieser Frage forschen Entwicklungsökonominnen seit Jahren. Für Kritiker des westlichen Wirtschaftsmodells steht fest, dass die reichen Länder die Armen ausbeuten und sie als billige Werkbank missbrauchen, ohne Chance auf eine nachhaltige Entwicklung. Dagegen steht der Erfolg der Globalisierung – die Zahl der Menschen, die von weniger als einem Dollar am Tag leben müssen, hat sich seit Anfang der achtziger Jahre halbiert. Vor allem in Asien ist die Armut massiv zurückgegangen, in Staaten, die auf privates Unternehmertum und Auslandsinvestitionen setzen. In Afrika verlief die Entwicklung entgegengesetzt, die Lage wird eher schlechter als besser – erst recht durch die Wirtschaftskrise. Von der „bottom billion“, der unteren Milliarde der Weltbevölkerung, die womöglich auf Dauer von der Entwicklung abgehängt sei, spricht Paul Collier von der Universität Oxford.

Als zuverlässige Entwicklungsbremse gilt paradoxerweise Reichtum – an Bodenschätzen. Nur wenigen Regierungen gelingt es, die Gewinne aus der Förderung von Öl, Gas, oder Edelsteinen sinnvoll zu verteilen. Korruption, interne Verteilungskonflikte, schlimmstenfalls Bürgerkriege sind oft das Ergebnis. „Wir sprechen auch vom ‚Fluch der Rente‘, weil sich die Staatsmacht oftmals die Gelder aneignet und sie nach Belieben verteilt“, sagt Christian von Haldenwang, Wissenschaftler am Deutschen Institut für Entwicklungs-

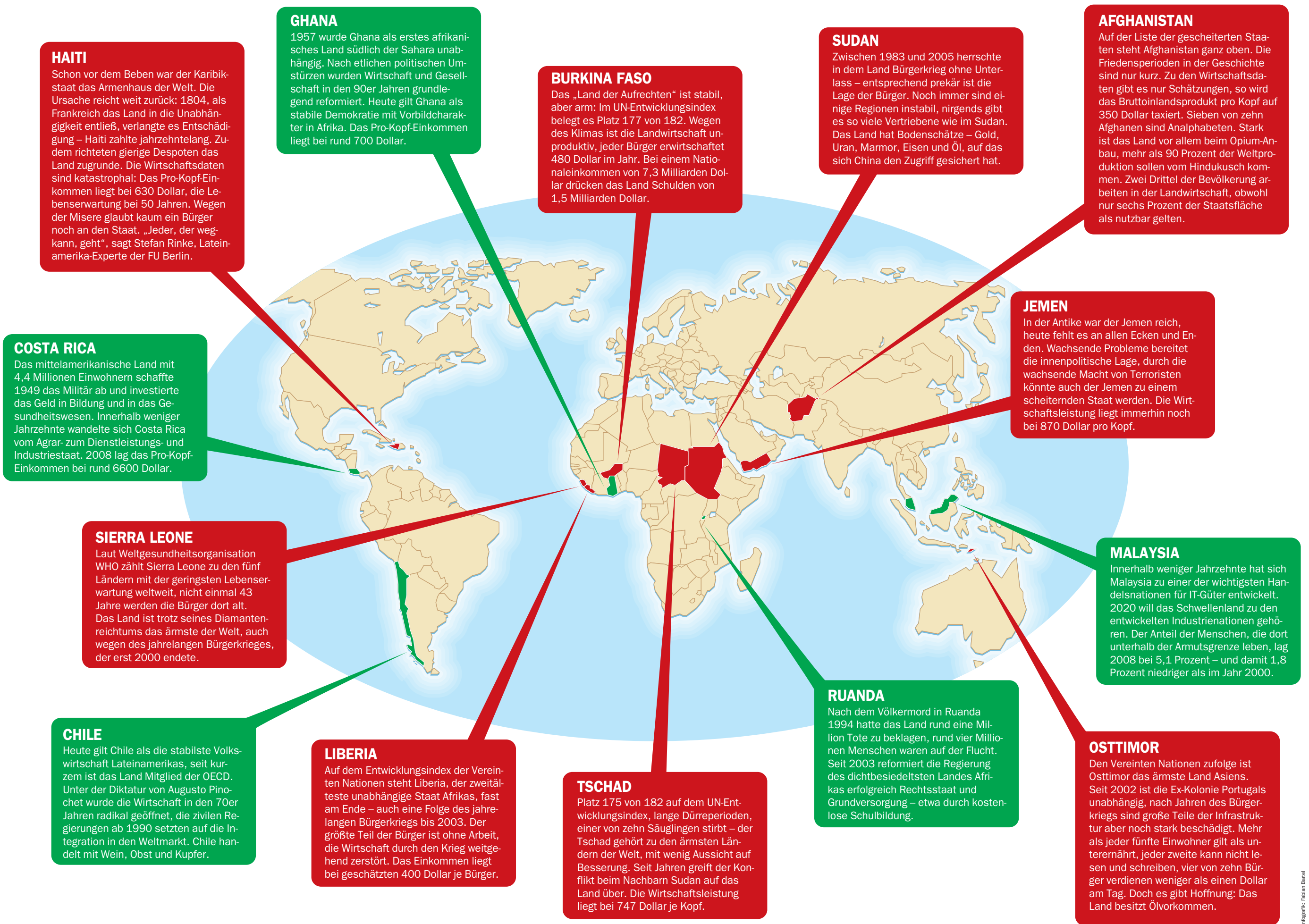
politik (DIE). Zu besichtigen ist dies im öleichen Nigeria oder in der Demokratischen Republik Kongo mit seinen Diamantenminen. Eines der wenigen positiven Beispiele ist Chile: Das Land zahlt die Überschüsse aus der Kupferproduktion in einen Fonds ein, um für schlechte Zeiten vorzusorgen. „Unter anderem dieses Geld hat geholfen, die Finanzkrise in Chile abzufedern“, sagt von Haldenwang.

Auch das Klima und die Lage eines Landes spielen eine Rolle: Wüstenklima, Hochgebirge, eine Binnenlage oder die Nachbarschaft zu Chaos-Staaten sind nicht eben gute Voraussetzungen für Wohlstand. Und ist ein Staat erst einmal gescheitert, mit einer unfähigen Regierung, schwachen Institutionen und einer am Boden liegenden Wirtschaft, dauert es mehr als fünf Jahrzehnte, bis sich die Verhältnisse ändern, hat der Oxford-Ökonom Collier ausgerechnet.

Wichtig ist auch die Last der Geschichte – das Erbe des Kolonialismus. „Die Nuancen des kolonialen Unterdrückungssystems bestimmen, wie nachhaltig dieses Übel noch heute wirkt“, sagt Joachim von Braun, Ökonom am Zentrum für Entwicklungsforschung der Universität Bonn. Besonders ehemalige Kolonien Belgiens und Portugals hätten es heute schwer. „Dort wurde weder Bildung zugelassen noch eine Infrastruktur aufgebaut. Das haben die Briten in ihren Kolonien besser gemacht“, sagt von Braun.

Und was ist mit dem vielen Geld, das die reichen Länder den Armen überweisen? 120 Milliarden Dollar waren es 2008. Entwicklungshilfe hilft – aber nicht immer. „Länder entwickeln sich nicht, weil sie Unterstützung von außen bekommen, sondern weil sie eine gute Politik machen“, weiß Winfried Hamacher, Fachmann beim Deutschen Entwicklungsdienst. „Der Glaube, wir im Westen sind die Macher, die den Weg zum Wohlstand kennen, ist anmaßend.“ Es gebe keinen Beleg in der Geschichte, dass es so funktioniert. „Entwicklungspolitik allein kann keine günstigen Bedingungen schaffen, sie kann sie nur verstärken“, stimmt DIE-Forscher von Haldenwang zu. Aber nicht immer gelingt der Aufbau eines funktionierenden, demokratischen Staatswesens. Forscher sehen ein Pro-Kopf-Einkommen von 600 Dollar als Untergrenze an – darunter fehlen den Ländern die Mittel. Gerichte, Behörden, eine Staatsmacht, Gesetze sind aber die wichtigsten Voraussetzungen für Erfolg. „Für demokratische und gut geführte öffentliche Verwaltungen gibt es eine Rendite, das zeigen viele Studien“, sagt von Haldenwang.

Aufstieg funktioniert aber nur, wenn die reichen Länder die Armen auch mitspielen lassen. Hier ist die EU kein Vorbild – sie subventioniert Agrarprodukte so stark, dass billiger produzierende Bauern aus Entwicklungsländern oft keine Absatzchance haben. *Mitarbeit: mho*



„Es geht darum, das Schicksal selbst zu bestimmen“

Der kenianische Ökonom James Shikwati über die negativen Effekte von Entwicklungshilfe und die Chancen seines Kontinents

Zwischen 1990 und 2003 sind 4,3 Milliarden Dollar Entwicklungshilfe nach Haiti geflossen. Die knapp neun Millionen Menschen sind aber immer ärmer geworden. Warum hilft Hilfe nicht?

Armut hat viele Gründe. Es können schlechte Regierungen sein, es können globale Wirtschaftsstrukturen sein, die bisher vor allem Europäern und anderen Industriestaaten nützen. Entwicklungshilfe wiederum kann diese Verhältnisse sogar zementieren. Der negative Effekt auf arme Länder ist fast überall zu sehen. Sie schwächt die Wettbewerbsfähigkeit und unterstützt eine Nehmermentalität. Denn nichts ist umsonst. Die Geber haben ihre Gründe für ihre Hilfszusagen.

Das in Haiti Katastrophenhilfe notwen-

dig ist, sehen alle. Aber was sollte nach der Nothilfe kommen?

Man muss sich auf die Menschen konzentrieren. Wer Haiti helfen will, darf die Haitianer nicht weiter ignorieren. Sie sind seit ihrer Unabhängigkeit ignoriert worden. Auch die Helfer sind immer mit ihrer eigenen Agenda ins Land gekommen. Das ist eine Parallele zu Afrika. Da war das auch nicht anders. Der Wiederaufbau kann nicht darin bestehen, dass die Geberländer die Straßen reparieren und die Gebäude da wieder aufbauen, wo sie waren. Ein sinnvoller Wiederaufbau ist nur möglich, wenn die Haitianer in der Lage sind zu sagen, wie sie sich die Zukunft vorstellen. Und zwar nicht nur die Regierung und einige Privilegierte.

Das Erdbeben zeigt eigentlich sehr deutlich, dass die Hilfsindustrie nicht auf die Menschen zielt, denen sie angeblich helfen will. Es geht darum, Menschen in die Lage zu versetzen, ihr Schicksal in die eigene Hand zu nehmen. Es ist kein Naturgesetz, dass Haiti arm ist.

Wenn Sie in ihr eigenes Land schauen, erscheint das Konzept der erweiterten Familie als Entwicklungshindernis. Wer Geld verdient, ist nicht nur für die eigene Familie sondern oft für das halbe Dorf verantwortlich. Brauchen Afrikaner mehr Individualisierung, um Erfolg zu haben?

Auch hier gilt: Es ist kein Problem, Geld ins Dorf zu geben. Das Problem ist zu versuchen, der Babysitter seines Dorfes zu sein. Auch auf dieser individuellen Basis

führt das Geben von Geld nur zu neuer Abhängigkeit. Es geht um strategisches Denken. Will man seinem Dorf helfen,



James Shikwati (39) ist Gründer und Leiter des liberalen Thinktanks Inter Region Economic Network in der kenianischen Hauptstadt Nairobi. Die Fragen stellte Dagmar Dehmer.

oder will man der großzügige Geber sein, eine Art Halbott? Es geht auch hier darum, Menschen zu ermöglichen, ihr Schicksal selbst zu bestimmen. Es geht

nicht darum, Geld zu schicken, sondern darum, Möglichkeiten zu eröffnen. Letzteres ist erfolgreicher.

Kenianische Politiker, vermutlich die bestverdienenden der Welt, brauchen ihr Geld auch, um Begräbnisse und andere Kümernisse ihrer Wähler zu bezahlen. Eine Art erweitertes Konzept der erweiterten Familie. Wie kann das verändert werden?

In Kenia entwickelt sich das politische System gerade weiter. Der von Ihnen beschriebene Politikertyp ist nicht mehr automatisch der erfolgreichste. Die Leute glauben nicht mehr, dass der reiche Herr Allwissend die richtige Person ist, um das Land zu entwickeln. Die Menschen ändern, was ihnen nicht gefällt. Nicht schnell, aber es passiert.

Was halten Sie von dem Angebot einiger afrikanischer Länder an die Haitianer, ihre Heimat zu verlassen und im Senegal oder der Demokratischen Republik Kongo auf einem Stück Land neu anzufangen? Ist das realistisch? Ich kenne kein afrikanisches Land ohne Landkonflikte.

Ich empfinde das als starkes psychologisches Signal an die Afrikaner außerhalb des Kontinents. Das könnte der Beginn einer neuen engeren Beziehung zwischen Afrikanern in Afrika und der Diaspora sein. Natürlich gibt es noch keinen Vorschlag, wie das praktisch aussehen soll. Aber die Idee, Möglichkeiten in Afrika besser zu nutzen, die Vorstellung, dass Afrikaner aus der Diaspora mehr in Afrika investieren, die gefällt mir.